

D-01 Dringlichkeitsantrag: Unsere Freiheit und die der Ukraine bewahren. Europäische Sicherheitsordnung schützen.

Antragsteller*in: Radosawa Stomporowski (KV Bonn)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Seit der russischen Vollinvasion stehen wir vor einer historischen Zäsur der
2 europäischen Sicherheitsordnung sowie an einem globalen neuralgischen Punkt der
3 Völkerrechtsgeschichte, an dem unsere Haltung und unser Handeln darüber
4 entscheiden werden, ob unsere regelbasierte Ordnung ihre gegenwärtige Krise
5 übersteht oder nicht. Gerade unsere grüne Kernprogrammatik – zivile
6 Konfliktbewältigung im Sinne eines breiten und vernetzten Sicherheitsbegriffes
7 und dekolonialer Ansätze – erfordert dringend an diesem neuralgischen Punkt
8 beherrschtes Handeln. Zu all diesen Entwicklungen bedarf es dringend einer
9 parteiinternen Debatte und Positionierung.

10 1. Nordkorea

11 Durch den Einsatz nordkoreanischer Truppen in der Ukraine ist eine neue
12 Situation im Kriegsgeschehen entstanden. Für seine aktive Kriegsbeteiligung hat
13 es im Gegenzug vermutlich erhebliche Unterstützung in Form von Energie, Devisen
14 oder sogar Technologien für Raketen- und Atomwaffenprogramme von Russland
15 zugesichert bekommen. Ein solches Szenario könnte eine Eskalation auf der
16 koreanischen Halbinsel provozieren und stellt eine massive Bedrohung nicht nur
17 für die Ukraine, sondern auch für die europäische sowie asiatische
18 Sicherheitsarchitektur dar. Die militärische Allianz zwischen Russland und
19 Nordkorea ist ein klares Zeichen dafür, dass Moskau auf eine internationale
20 Eskalationsstrategie setzt.

21 2. Friedensplan und Sicherheitsgarantien

22 Die Situation der Ukraine ist entscheidend für die Zukunft der europäischen
23 Sicherheitsordnung. Für einen stabilen und nachhaltigen Frieden sind
24 Sicherheitsgarantien für die Ukraine essenziell. Diesbezüglich hat der
25 ukrainische Präsident auf dem EU-Gipfel und dem parallel stattfindenden NATO-
26 Treffen in Brüssel seinen sogenannten "Sieges-Plan" vorgestellt. Dabei hat er
27 angedeutet, dass eine nukleare Bewaffnung der Ukraine die einzige Alternative zu
28 einer NATO-Mitgliedschaft sei. Die Tatsache, dass die Ukraine in Erwägung zieht,
29 ihre Sicherheit nur durch den Besitz von Atomwaffen garantieren zu können -
30 sollte sie nicht NATO-Mitglied und entsprechende Sicherheitsgarantien erhalten -
31 , verdeutlicht, wie sehr die Prinzipien der nuklearen Nichtverbreitung durch
32 unsere zögerliche Haltung untergraben werden. Statt eine friedensfördernde
33 Wirkung zu haben, führt das Setzen auf vermeintliche „rote Linien“ des Kremls zu
34 einer weiteren Verschärfung der globalen Sicherheitslage. Ohne verlässliche
35 Sicherheitsgarantien durch die NATO wird es zunehmend schwieriger, eine nukleare
36 Aufrüstung der Ukraine glaubhaft zu verhindern.

37 3. Deutschland im Visier Russlands: systematische Desinformations- und 38 Propagandakampagnen

39 Russland betrachtet die Bundesrepublik Deutschland und den Westen schon seit
40 längerer Zeit als Kriegsgegner und führt bereits seit geraumer Zeit einen
41 hybriden Krieg gegen den Westen. Deutschland ist dabei eines seiner Hauptziele.
42 Dies wurde in der jüngsten öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen
43 Kontrollgremiums (PKGr) deutlich, bei der systematische russische
44 Desinformations- und Propagandakampagnen, durchgeführt durch Geheimdienste und
45 sogenannte "Trollfabriken", im Zentrum standen. Diese Angriffe zielten darauf ab,
46 unsere Demokratie zu destabilisieren und das Vertrauen in unsere Institutionen
47 zu untergraben. Dabei beschränken sich die russischen Aktivitäten nicht nur auf
48 digitale Angriffe: Cyberangriffe, Sabotageakte, Spionage und sogar Auftragsmorde
49 sind dabei nicht nur gelegentliche Bestandteile, sondern Hauptmerkmal der
50 russischen Außenpolitik geworden. Ein aktuell alarmierendes Beispiel ist die
51 Einmischung in das Referendum in der Republik Moldau, wo Moskau orchestrierte
52 Maßnahmen ergriffen hat, um freie und faire Wahlen zu behindern und eine pro-
53 westliche Ausrichtung zu verhindern.

54 4. Russland rüstet massiv auf

55 Parallel dazu baut Russland seine konventionellen Streitkräfte massiv aus und
56 strukturiert diese neu. Es ist absehbar, dass Russland spätestens gegen Ende
57 dieses Jahrzehnts personell und materiell in der Lage sein wird, einen Angriff
58 gegen die NATO zu starten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Putin die „roten
59 Linien“ austesten und den Krieg weiter eskalieren wird. Seine strategischen
60 Ziele gehen längst über die Ukraine hinaus – er strebt eine Konfrontation mit
61 dem Westen an, um eine neue Weltordnung nach seinen Vorstellungen zu etablieren.

62 In Anbetracht des Drucks, den Putin-freundliche Parteien in Deutschland wie die
63 AfD und das BSW auf die CDU und andere potenzielle Koalitionspartner ausüben,
64 ist es unabdingbar, dass wir uns im kommenden Bundestagswahlkampf als die Partei
65 profilieren, die diese Bedrohungen verstanden hat.

66 Resümee

67 Putin versteht den Krieg in der Ukraine als einen globalen Kampf gegen den
68 Westen und die regelbasierte internationale Ordnung. Sein Ziel ist die innere
69 Zersetzung der Rechtsstaatlichkeit und unserer liberalen Demokratien. Die EU und
70 die NATO müssen zukünftig nicht nur mit möglichen russischen Angriffen rechnen,
71 sondern mit einer breiteren Allianz gegen den Westen, zu der auch Nordkorea
72 zählt. Nicht unsere entschlossene Unterstützung befördert eine Eskalation,
73 sondern unsere Zögerlichkeit. Eine entschiedene militärische Unterstützung der
74 Ukraine ist die einzige Möglichkeit, ernsthafte diplomatischen Lösungen und
75 echte Friedensverhandlungen voranzutreiben. Wir als Bündnis '90/Die GRÜNEN
76 können und müssen eine starke Stimme der Unterstützung in diesem Zusammenhang
77 sein und uns in unseren bevorstehenden programmatischen Debatten und Wahlkämpfen
78 auch dezidiert positionieren.

79 Die BDK möge vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Bedrohungsverschärfungen
80 beschließen:

- 81 1) eine deutliche Positionierung für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine;
- 82 2) eine deutliche Positionierung für die Aufhebung der Reichweitenbeschränkung
83 deutscher Waffen und anderer künstlicher Einschränkungen der ukrainischen
84 Verteidigungsfähigkeit;

- 85 3) eine resolute Isolierung Russlands und seiner Unterstützer, um Bündnisse
86 gegen die regelbasierte Ordnung zu verhindern;
- 87 4) das außenpolitische Profil von Bündnis '90/Die GRÜNEN als Partei
88 hervorzuheben, die konsequent an der Seite der Ukraine steht und für die
89 Bewahrung unserer europäischen Sicherheitsordnung und regelbasierter Weltordnung
90 einsteht;
- 91 5) eine Priorisierung dieser Frage im (außenpolitischen) Programmprozess und im
92 Bundestagswahlkampf.

Begründung der Dringlichkeit

Nach Antragschluss zur BDK am 4. Oktober haben sich etwa seit Mitte Oktober mehrere entscheidende Entwicklungen im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zugetragen: Nordkorea beteiligt sich laut südkoreanischer und ukrainischer Geheimdienste auch mit eigenen Truppen an Kampfhandlungen, der ukrainische Präsident Selenskyj hat seinen Friedens- und Siegesplan vorgestellt, und die Gefahr der zunehmenden Verbreitung von Atomwaffen wächst. Zudem wurde im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages eindringlich vor Russlands systematische Desinformationskampagnen in Deutschland gewarnt.

1. Bei einer direkten militärischen Beteiligung Nordkoreas an Russlands Angriffskrieg verschärft sich die internationale Lage erheblich, da sie eine gefährliche Ausweitung des Konflikts darstellt und sowohl Europa als auch Asien betrifft. Wir müssen die Risiken einer Eskalation bei dieser Allianz, die das geopolitische Gleichgewicht destabilisieren und neue Krisenherde schaffen kann, beobachten und Gegenmaßnahmen entwickeln.

2. Der von Präsident Selenskyj vorgestellte Friedens- und Siegesplan stellt eine entscheidende Möglichkeit dar, um den Krieg mit einer klaren Zielsetzung zu beenden. Wir müssen verdeutlichen, dass fehlende Sicherheitsgarantien des Westens in Bezug auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine hingegen fatale Folgen haben können, wie eine nukleare Aufrüstung der Ukraine sowie ein mögliches Unterlaufen des Atomwaffensperrvertrags.

3. Das Ausmaß der russischen Desinformationskampagne und ihr systematisches Vorgehen sind durch die Informationsdienste im PKGr vorgestellt worden. Dieses explizite Mittel der russischen Außenpolitik ist eine Bedrohung für die westlichen Demokratien, wobei die Bundesrepublik Deutschland im Zentrum der Angriffe steht. Ohne Gegenmaßnahmen könnten diese hybriden Angriffe tiefgreifende Auswirkungen auf die politische Stabilität Deutschlands und anderer westlicher Länder haben.

Diese Entwicklungen bergen das Potenzial, nicht nur die Ukraine, sondern die gesamte globale Sicherheitsordnung zu bedrohen. Eine umfassende Beschäftigung innerhalb der Grünen sowie auch der Gesellschaft ist deshalb entscheidend, um entsprechende Maßnahmen zur Sicherung der globalen Friedensordnung und zur Stärkung der Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen sowie zur Verteidigung demokratischer Werte zu ergreifen.

* * *

Gemeinsame Antragstellerinnen:

Ursula Stark Urrestazu und Sava Stomporowski, beide KV Bonn

Begründung

mündlich

weitere Antragsteller*innen

Torsten Grieger (KV Altenburg); Katrin Maini Schild-Wagner (KV Tübingen); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Reiner Daams (KV Solingen); Moritz Hüttner (KV Leverkusen); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Ulrich Kindermann (KV Bonn); Ute Hennig (KV Bonn); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Christoph Joachim (KV Tübingen); Viola von Cramon (KV Göttingen); Daniel Beer (KV Celle); Robert Levin (KV Osterholz); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Bernd Zobel (KV Celle); Arven Herr (KV Göttingen); Rochus Jonas (KV Braunschweig); Axel Kittel (KV Oldenburg-Stadt); Isabel Elsner (KV Düren); sowie 238 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.